

Deutschland.

□ **Berlin, 19. Mai.** Nach allen aus Süddeutschland neuerdings kommenden Nachrichten hat die luxemburger Verwicklung dort für die deutsche Einigung wirksame Propaganda gemacht und die leitenden Kreise aus dem Stadium des passiven Wollens mehr zum entscheidenden Handeln getrieben. Die militärische Reorganisation scheint endlich in Fluß zu kommen, und in wenigen Monaten dürften wohl die Früchte der jetzt entwickelten Energie zur Reife kommen. Die plötzlich den süddeutschen Staaten sich sehr ernstlich aufrägende Frage nach den etwaigen Folgen eines preussisch-französischen Krieges für Süddeutschland, hat das Bedürfnis eines festen Anschlusses an Preußen lebhafter zum Bewußtsein gebracht. Je näher die Gefahr kam, daß Süddeutschland zunächst der Kriegsschauplatz werden könnte, desto mehr sind wohl vor der Erkenntnis, daß nur Preußen eventuell durch rasche Offensive gegen Frankreich dieses traurige Schicksal von Süddeutschland abwenden könne, alle noch entgegenstehenden Einflüsse zurückgewichen; das Gefühl der eigenen Wehrlosigkeit einer etwaigen französischen Invasion gegenüber mußte auch die Regierungen zu tatsächlichen Schritten drängen, welche die Verantwortlichkeit von den eigenen Schultern weg auf andere mächtigere überleiteten. — In Hannover hat man während der letzten Tage sehr gewichtige Entdeckungen in Bezug auf Theilnahme distinguirter Personen mit den landesverrätherischen Agitationen gemacht, deren Mittelpunkt Hering war, und es dürften in Folge dessen nun ernstliche Maßnahmen bevorstehen. Die Anwesenheit des General-Gouverneurs, General von Volgt-Abegg in Berlin bringt man mit diesen neuen Entdeckungen in Verbindung, und darf man auch hieraus auf die Bedeutung der Angelegenheit schließen. — Dem Jahresbericht des Polizeipräsidenten pro 1866 entnehme ich folgende Daten von allgemeinerem Interesse: Im Laufe des Jahres sind 870,175 neue Sachen bei dieser Behörde eingegangen und erledigt worden, also täglich 2932. Bei den Polizei-Neueren sind 572,730 Sachen in der Bearbeitung gewesen. — Der Fremdenverkehr ist durch die Kriegsverhältnisse nicht wesentlich vermindert worden. Angemeldet waren 172,494 Personen; darunter 50,129 Ausländer und 25,523 Handwerksgehilfen. Unter polizeilicher Kontrolle haben 653 Vereine gestanden.

□ **Berlin, 19. Mai.** Der Kaiser von Rußland trifft mit Extrazug am 30. d. in Berlin ein und hält sich bis zum 31. d. hier auf. Er ist begleitet von einem Großfürsten. Das Gefolge besteht aus 51 Personen. Parade findet hier nicht statt. Am 31. d. reist der Kaiser mit Extrazug nach Paris und hält sich dort bis zum 9. Juni auf.

— Graf v. Bismarck hat dem Vernehmen nach eine an ihn ergangene Einladung zur Theilnahme an dem Schießwettbewerb in Breslau angenommen. So meldet die „Schl. Ztg.“

— Die aus London telegraphirte Nachricht, Lord Loftus sei dort eingetroffen, muß auf einem Mißverständnis beruhen. Der englische Botschafter hat Berlin, so viel man weiß, gar nicht verlassen. Lady Loftus begibt sich nach ihrer Villa in Baden-Baden.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: Die auf Befehl Sr. Majestät des Königs hier zusammenberufene Konferenz zur Berathung über gemäße Reorganisation des Feld-Sanitäts- und Lazareth-Wesens hat nach beinahe zweimonatlichen Beratungen und täglichen 3 bis 4stündigen Sitzungen ihre Arbeiten vollendet, welche sich über das Gesamtgebiet der Feld-Sanitätspflege zu erstrecken hatten. Nachdem bereits im September v. J. von Ihrer Maj. der Königin Augusta die Bewegung zu diesen Beratungen ausgegangen war, hatten die von Allerhöchstderselben auserwählten 15 Aerzte vom Militär- und Civil den Auftrag erhalten, Berichte über ihre im Felde und in den Kriegs-Lazarethen gemachten Erfahrungen und die an denselben sich anknüpfenden Verbesserungsvorschläge, einzusenden. Aus diesen Berichten hatte das königliche Kriegsministerium eine Zusammenstellung von eilf Punkten entworfen, welche der Berathung von Seiten der Konferenz unterliegen sollten. Als die wichtigsten derselben nennen wir: die militärärztliche Ausbildung und die militärärztlichen Bildungsanstalten, die Verbesserung der Stellung der Militärärzte, um den Eintritt der erforderlichen Anzahl von Aerzten in die Armee zu sichern, Organisation der ärztlichen Hülfe auf dem Schlachtfelde, der Feld-, Kriegs- und Reservelazarethe, die Evakuierung der Verwundeten, der Bau von Lazarethen, Zelten und Baracken, die Organisation der freiwilligen Beiträge und andere mehr. — Die aus den stenographischen Sitzungs-Berichten entworfenen Protokolle der Konferenz repräsentiren ein sehr umfangreiches Material, welches dem königlichen Kriegs-Ministerium übergeben und aus welchem der befohlene Immediat-Bericht an des Königs Majestät entworfen worden ist. Als Staats-Kommissare waren der Konferenz der Chef des Militär-Medizinalwesens, Herr Generalstabs-Arzt Dr. Grimm, der Abtheilungs-Chef im königl. Kriegsministerium, Herr Oberst-Leutnant v. Hartmann und der Wirkl. Geheimrath Herr Krienen beigegeben worden, besonders um in den organisatorischen Fragen Berathung und über die seit 1864 bereits in Angriff genommenen, durch den letzten Krieg aber unterbrochenen Reorganisationspläne Aufschluß zu geben. Am 8. d. Mts. wurden die Sitzungen durch des Hrn. Kriegs- und Marine-Ministers v. Noon Erzellenz geschlossen und die Mitglieder der Konferenz sodann zu Sr. Maj. dem König befohlen, wo ihnen die Ehre des Empfanges zu Theil wurde. Se. Majestät geruhete Ihre Allerhöchste Anerkennung in den gnädigsten Worten auszusprechen und äußerten die Hoffnung, daß die auf den Krieg berechneten Vorschläge der Konferenz noch lange nicht zur praktischen Anwendung kommen möchten. Bei Entgegennahme des Immediat-Berichts drückten Se. Majestät das wärmste Interesse für die in demselben gemachten Vorschläge aus, namentlich in Bezug auf die zu verbessernde Stellung der Militär-Aerzte, für welche die Konferenz in Rang und Kompetenz

die vollständige Gleichstellung mit den Offizieren beantragt hatte. Bereits mehrere Tage zuvor waren die Mitglieder der Konferenz, während der Sitzung im königlichen Kriegsministerium, von dem Befehl überrascht worden, sich in die Wohnung der Frau Minister v. Noon Erzellenz zu begeben, um dort von J. Maj. der Königin Augusta, vor der Abreise Allerhöchstderselben nach Baden-Baden, noch einmal empfangen zu werden. Nachdem J. Majestät in der huldreichsten Weise ihre Theilnahme und Anerkennung für die Arbeiten der Konferenz ausgesprochen, geruhete Allerhöchstdieselbe, dem Hrn. Minister v. Noon ein kunstvoll gearbeitetes Album, die Photographiren J. K. K. Majestäten und Sr. K. Hoh. des Kronprinzen enthaltend, und auf der Porzellanplatte des Deckels mit einer Abbildung des im Flaggenschmuck der Einzugs-Feier prangenden königlichen Schlosses versehen, zu überreichen. Die Mitglieder der Konferenz erhielten aus den Händen Ihrer Majestät höchst geschmackvoll gearbeitete Notizbücher. Auf dem blau sammeten Einbände derselben befindet sich auf einem von der Königskrone überragten, weißen Email-Schilde das rothe Kreuz und unter demselben hervorleuchtend der Namenszug der Königin. Das erste Blatt enthält in Allerhöchsteigenhändiger Handschrift: Augusta, Berlin 1867; das folgende, das photographische Protokoll Sr. Majestät des Königs. Sodann folgt die Photographie Ihrer Majestät der Königin Augusta, die weiße Binde mit dem rothen Kreuz am linken Arm.

— Den „Mil. Bl.“ zufolge stellt sich der Friedens-Etat der preussischen Armee — ohne die Bundes-Kontingente — zur Zeit folgendermaßen: 1. Infanterie: 1) Linien-Infanterie: 5629 Offiziere, 160,168 Mann; 2) Jäger: 286 Offiziere, 6942 Mann; 3) Landwehr-Infanterie: 279 Offiziere, 2064 Mann. Die Summe der Infanterie beträgt hiernach 6194 Offiziere und 169,174 Mann; dazu kommen 309 Zahlmeister, 306 Büchsenmacher und 2932 Pferde. — II. Cavallerie: 1806 Offiziere, 45,583 Mann; außerdem 65 Zahlmeister, 390 Hof-Aerzte, 64 Büchsenmacher, 64 Sattler und 48,373 Pferde. — III. Artillerie: 1) Feld-Artillerie: 995 Offiziere, 19,073 Mann; 2) Festungs-Artillerie: 514 Offiziere, 9097 Mann; 3) Feuerwerks-Abtheilung: 12 Offiziere, 321 Mann. Die Summe der Artillerie beträgt 1521 Offiziere, 28,491 Mann; dazu kommen 22 Zahlmeister, 97 Hof-Aerzte und 8344 Pferde. — IV. Pioniere: 216 Offiziere, 6036 Mann; dazu 12 Zahlmeister, 12 Büchsenmacher und 84 Pferde. — V. Train: 144 Offiziere, 2726 Mann; außerdem 12 Zahlmeister, 12 Hof-Aerzte und 1476 Pferde. — VI. Invaliden: 54 Offiziere und 1123 Mann. — VII. Besonder. Formationen: (als die Schloßgarde, Straffelkationen u. c.) 23 Offiziere und 235 Mann. — VIII. Nichtregimentirte Offiziere: 1151 Offiziere mit 2203 Pferden. Die Summe der Armee beträgt hiernach 11,109 Offiziere, 253,468 Mann; außerdem 420 Zahlmeister, 499 Hof-Aerzte, 382 Büchsenmacher, 64 Sattler und 63,432 Pferde. Die Verstärkung der Armee in Folge der neuen Erwerbungen beträgt: 2140 Offiziere, 46,809 Mann; dazu kommen 76 Zahlmeister, 123 Hof-Aerzte, 70 Büchsenmacher, 16 Sattler und 15,571 Pferde.

— Norddeutschland kann nach angestellten Berechnungen 78,000 Matrosen stellen, und wenn man von dieser Zahl 48,320 Mann für die Handelsmarine abrechnet, so bleiben noch immer 29,680 Mann für die Kriegsmarine disponibel, also etwa 7600 Matrosen mehr, als die russische Marine zählt. Das Bedürfnis wäre also zunächst für die neu zu schaffende Bundesflotte gedeckt.

— Die Verhandlungen mit dem Fürsten von Waldick wegen Abtretung seiner Souveränitätsrechte an Preußen sind, wie verlautet, an der Weigerung des Königs von Preußen gescheitert, die Verhandlungen über Verwaltungsangelegenheiten dauern fort.

— Vor der siebenten Kriminalgerichts-Deputation wurde heute ein Preßprozeß verhandelt, bei dem es sich um eine Belcidigung des Reichstages des norddeutschen Bundes handelte. Angeklagt waren der Redacteur und Verleger der „Staatsbürger-Ztg.“ Der Gerichtshof sprach die Angeklagten frei, weil er annahm, daß der Reichstag des norddeutschen Bundes keine preussische Staatseinrichtung sei und daß der §. 102 den Reichstag nicht schütze, weil er sich nur auf preussische Institutionen beziehe. Daß der Reichstag beleidigt sei, wurde anerkannt.

— Die in Paris offiziös ausgegebene Parole, Frankreich habe von vorn herein weit weniger die Erwerbung Luxemburgs als die Entfernung der preussischen Besatzung im Auge gehabt, ist durch die einfache Thatsache widerlegt, daß französische Organe schon während der Krisis des letzten Sommers und kurze Zeit vor dem Ausbruch des Krieges eine Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich als wünschenswerth bezeichnet hatten. Als notorisch kann überdies angesehen werden, daß Frankreichs Diplomatie wiederholt in vertraulichen Andeutungen auf dieses Objekt ihrer Wünsche zurückkam und sich durch die Warnung, daß mit diesem Punkte ein Konflikt herbeigeführt werden könnte, nicht beirren ließ. Man hoffte endlich in Paris augenscheinlich, daß, wenn eine vollendete Thatsache geschaffen würde, Preußen und Deutschland sich in die neue französische Annexion fügen würden. Das Ereigniß hat diese Zuversicht bekanntlich nicht bewährt. Frankreichs Vorgehen traf auf den Keim einer friedlich gesonnenen Koalition, die einen für beide Theile annehmbareren Ausgleich herbeigeführt, das wirkliche ursprüngliche Objekt der französischen Bestrebungen, nämlich die Erwerbung Luxemburgs, verhindert hat. Darin ist auch die sicherste Friedensbürgschaft gegeben, daß die französische Kriegspartei zum zweiten Male die Erfahrung gemacht hat, wie Frankreichs Kompensations-Gelüste auf einen Widerstand stoßen, mit welchem die Partei zu rechnen sich gewöhnen muß. Der Kaiser Napoleon selbst wollte ohnehin sicherlich den Frieden, und Europa ist im Grunde seinen auf Erhaltung desselben gerichteten Bestrebungen zu Hülfe gekommen. Die fortge-

setzten Angriffe eines Theiles der französischen Presse gegen Preußen sollen augenscheinlich nur für das unaufmerksame Publikum die Thatsache verbüllen, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz nichts weniger als einen Sieg der französischen Kriegslustigen bedeutet; Europa von Neuem damit zu beunruhigen, wird nicht gelingen.

— Die preussische Regierung hat die großen Verdienste Schulze-Dehlfischs für die arbeitende Klasse durch das von ihm ins Leben gerufene Genossenschaftswesen dadurch ehrend anerkannt, daß sie, wie der „Nat.-Ztg.“ berichtet wird, denselben ihrerseits als würdigen Bewerber um den von der französischen Regierung bei Gelegenheit der Industrie-Ausstellung in Paris ausgesetzten großen Preis von 100,000 Frks. in Vorschlag gebracht. Mitbewerber um den Preis ist Hr. Dolfus in Mühlhausen im Elsaß, der bekannte Gründer der dortigen Arbeiterkolonien.

— Die Haltung, welche die preussische Regierung gegenüber den süddeutschen Staaten rücksichtlich deren Verhältnisses zum norddeutschen Bunde einzunehmen gedenkt, wird von der „N. A. Ztg.“ mit folgenden Worten dargelegt. Die preussische Regierung überseits hat zwar erklärt, daß sie nichts gegen den Eintritt Süddeutschlands in den norddeutschen Bund einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß das Verlangen danach von den süddeutschen Regierungen und Volksvertretungen in gemeinschaftlicher Uebereinstimmung ausgesprochen werde. Preußen wird also fern davon sein, die geringste PreSSION auszuüben, falls eine der süddeutschen Regierungen, wie beispielsweise aus der am 14. d. M. in der zweiten Heffen-Darmstädtischen Kammer gehaltenen, übrigens mit früheren Erklärungen der Großherzoglichen Regierung im Widerspruch stehenden Aeußerung Hrn. v. Dalwigks hervorgehen scheint, jene Eventualität jetzt vorläufig nicht mehr ins Auge fassen will. Preußen kann, gestützt auf die mit Süddeutschland geschlossenen Vereinbarungen, mit Ruhe und Sicherheit die weitere Entwicklung dieses Verhältnisses abwarten; aber eben so wie es im verfloffenen Jahre die Rechte der ihm verbündeten Regierungen respektirt hat, wird es diese Rechte überall da zu achten wissen, wo Bundesgenossen dieselben zu beanspruchen haben.

— Der „K. Z.“ wird von hier telegraphirt: Eine bis jetzt nicht erwähnte, von allen Konferenz-Mitgliedern unterzeichnete Declaration bestimmt, daß durch Artikel 3 des Vertrages das Recht anderer neutraler Staaten keineswegs berührt werde, besetzte Plätze und andere Verteidigungsmittel zu erhalten und zu verbessern. Die Declaration Limburgs wegen der Vereinigung mit Holland soll, auf den Wunsch Hollands, doch schließlich in den Vertrag aufgenommen sein, was nur eine formelle Bedeutung hat.

— Weiter geht derselben Zeitung die Mittheilung zu: Folgendes ist der Wortlaut der wichtigsten Artikel des Vertrages vom 11. Mai: Art. 2. Da das Großherzogthum laut Art. 2 neutralisirt ist, so wird die Aufrechterhaltung besetzter Plätze auf seinem Gebiete ohne Nothwendigkeit und ohne Gegenstand, sofarlich ist man gemeinsam übereingekommen, daß die Stadt Luxemburg, die bis jetzt in militärischer Beziehung als eine Bundesfestung angesehen wurde, aufhören soll, eine besetzte Stadt zu sein. Der Großherzog behält sich vor, in dieser Stadt die Truppenzahl zu unterhalten, welche nöthig ist, um daselbst die Aufrechterhaltung der Ordnung zu überwachen. Art. 4. Gemäß den Stipulationen, welche in dem Art. 2 und 3 enthalten sind, erklärt der König von Preußen, daß seine jetzt in Luxemburg in Garnison befindlichen Truppen den Befehl erhalten werden, mit der Räumung dieses Platzes vorzugehen unmittelbar nach dem Austausch der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages. Zu gleicher Zeit wird man beginnen, die Artillerie, die Munitionen und alle Gegenstände zurückzugeben, welche die Ausrüstung des genannten festen Platzes ausmachen. Während dieser Operation wird nur diejenige Zahl Truppen daselbst bleiben, die nöthig ist, um über die Sicherheit des Kriegsmaterials zu wachen und um die Expedition desselben zu bewerkstelligen, die in möglichst kurzer Frist vollendet werden wird. Art. 5. Der König-Großherzog von Luxemburg kauft der Souveränitätsrechte, welche er über die Stadt und die Festung Luxemburg ausübt, verpflichtet sich seinerseits, die nöthigen Maßregeln zu treffen, um die genannte Festung in eine offene Stadt zu verwandeln mittelst einer Schließung (Demolition), welche Seine Majestät für genügend erachten wird, um die Intentionen der hohen kontrahirenden Theile zu erfüllen, welche in dem gegenwärtigen Vertrage ausgedrückt sind. Die dazu nöthigen Arbeiten werden unmittelbar nach dem Abzuge der Garnison beginnen. Sie sollen mit aller derjenigen Schonung bewerkstelligt werden, welche die Interessen der Einwohner erfordern. Se. Maj. der König-Großherzog verspricht, daß die Befestigungen der Stadt Luxemburg künftig nicht wieder hergestellt und daß kein anderes militärisches Etablissement daselbst aufrechterhalten werden soll. Art. 6 soll die Vereinigung Limburgs mit Holland konstatiren. Art. 7 betrifft den Austausch der Ratifikationen, der in vier Wochen oder wo möglich früher stattfinden soll.

□ **Harburg, 16. Mai.** Einem on dit zufolge soll in der Nähe der Stadt die Errichtung eines Lagers beabsichtigt werden, welches 12,000 Mann verschiedener Truppengattungen fassen soll. Inwiefern sich dieses Gerücht bestätigt, ist abzuwarten. Thatsache ist es aber, daß die Vermessungen des betreffenden Terrains zu militärischen Zwecken stattgefunden haben.

□ **Kassel, 17. Mai.** Es herrschen hier in letzter Zeit, besonders seit Verkündigung des das preussische Steuersystem in Kurhessen einführenden Erlasses, große Besorgnisse wegen des Schicksals unseres Staatsschatzes. Sieht man auch von der bei Besetzung des Landes vom General v. Byer ertheilten Versicherung ab, daß der Schatz dem Lande erhalten bleiben solle, so spricht doch wegen der bekannten Entstehung des Schatzes als Blutgeld für die

